

Bedürftig ohne Vorräte

Zivilschutzkonzept klammert
Hartz-IV-Betroffene aus. Seite 8



Europäisch ohne Brexit

Schottlands Erste Ministerin Sturgeon will
in der EU bleiben. Ein Gespräch. Seite 10

Foto: dpa/Will Oliver



Grandios plebejisch

Manchmal schien es, in
seinem Brecht-Spiel
schlafe ein Wolf:
Auf der Bühne
durfte er heulen
und reißen. Zum
Tode des großen
Hilmar Thate.
Seite 15

Foto: imago/teutopress

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 19. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 220

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Große Koalition abgewählt

Martin Kröger über den Ausgang
der Abgeordnetenhauswahl

Berlin ist nicht Mecklenburg-Vorpommern. So war es im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl zu hören. Es stimmt: Anders als im Nordosten wurde die Große Koalition aus SPD und CDU abgewählt. Beide ehemaligen Volksparteien verlieren deutlich. Zusammen haben sie keine Mehrheit mehr.

Dass der nächste Regierende Bürgermeister in der Hauptstadt aller Wahrscheinlichkeit nach dennoch Michael Müller heißen wird, liegt daran, dass der Sozialdemokrat wohlweislich vorgebaut hat. Seine Wunschkoalition mit den Grünen hat zwar wohl keine eigene Mehrheit, aber die Linkspartei stünde als dritte Kraft des Mitte-Links-Lagers bereit, um das erste rot-grün-rote Bündnis auf Landesebene zu schmieden.

Die Erwartungen an ein solches Projekt wären indes hoch. Nichts weniger erwarten die Berliner als das Stemmen der sozialökologischen Wende sowie massive Investitionen in die Infrastruktur der in vielen Bereichen heruntergewirtschafteten Stadt. Außerdem wollen sie einen anderen Regierungsstil und keinen Dauerstreit mehr. Immerhin finanziell gibt es – anders als 2001 – ein bisschen Spielraum, um eine soziale und ökologische Politik auch zu gestalten.

Sollte tatsächlich ein Mitte-Links-Senat gebildet werden, stünde dieser einem rechten Block gegenüber. Zwar sind die Rechtspopulisten nicht so stark wie vor zwei Wochen geworden, aber ins Parlament sind sie auch im weltoffenen Berlin gekommen. Das muss allen zu denken geben.



Michael Müller nach der Stimmabgabe am Sonntag

Foto: AFP/Odd Andersen

SPD verliert, Müller gewinnt

Große Koalition stürzt auf historisches Tief / AfD mit
zweistelligem Ergebnis / Linkspartei bei 16,5 Prozent

Berlin. Lange Schlangen am Sonntag vor den Wahllokalen und so viele Briefwähler wie noch nie zuvor bei einer Abgeordnetenhauswahl in Berlin. Allein mehr als 525 000 der 2,48 Millionen wahlberechtigten Einwohner der Bundeshauptstadt hatten ihre Stimme schon vorher per Post abgegeben.

Rund fünf Prozent hat die SPD am Sonntag bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin verloren. Mit 23 Prozent behielt sie aber die Nase vorn, und der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat gute Möglichkeiten, seinen Posten zu behalten. Für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU reicht es zwar nicht. Doch es sind verschiedene Dreierbündnisse denkbar. Als sehr wahrscheinlich gilt Rot-Rot-Grün. Allerdings dürfte der umstrittene Weiterbau der Stadtautobahn A 100 wieder ein Knackpunkt bei Koalitionsverhandlungen sein. 2011 war ein rechnerisch möglicher rot-grüner Senat nicht zuletzt daran gescheitert, dass die Grünen den Weiterbau nicht zulassen wollten.

Laut Hochrechnung kam die CDU von Innensenator Frank Henkel auf 18 Prozent. Im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl vor fünf Jahren blühten die Christdemokraten damit ebenfalls etwa fünf Prozent ein. Für die CDU wäre das in Berlin das schlechteste Ergebnis aller Zeiten, die SPD blieb nur knapp über ihrem historischen Tiefstwert von 22,4 Prozent im Jahr 1999.

Die Grünen hielten sich mit leichten Verlusten bei rund 16,5 Prozent. Die LINKE verbesserte ihr Ergebnis auf 16,5 Prozent. Allerdings hatte die LINKE vor fünf Jahren mit nur 11,7 Prozent extrem schlecht abgeschnitten. Im Gegensatz zu den Landtagswahlen am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern und vor zwei Jahren in Brandenburg hat die LINKE nicht noch während des Wahlkampfes an Zuspruch eingebüßt, sondern sich im Gegenteil zuletzt noch ver-

bessert. Dies werten Kenner als Zeichen, dass die Kampagne der Partei in Berlin gegriffen und der Spitzenkandidat Klaus Lederer überzeugt habe. Anfangs hatte es die skeptische Ansicht gegeben, ein Spitzenpolitiker müsse in Schlips und Kragen auftreten. Lederer ist dagegen oft im T-Shirt zu sehen, zwar häufig im Sakko, aber nicht selten auch einfach im Kapuzenpullover.

Die Rechtsaußen-Partei AfD schaffte aus dem Stand 11,5 Prozent, damit jedoch ein bisschen weniger, als die Meinungsforschungsinstitute vorhergesagt hatten. Die FDP, die 2011 mit gerade einmal 1,8 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und aus dem Parlament herausflog, durfte sich nach den ersten Hochrechnungen Hoffnung auf einen Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus machen. Demnach erzielte sie 6,5 Prozent. Dafür müssen die Piraten gehen. Sie hatten bei der Wahl vor fünf Jahren 8,9 Prozent bekommen, dürften diesmal mit zwei Prozent jedoch deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde geblieben sein.

In Mecklenburg-Vorpommern will die SPD von Ministerpräsident Erwin Sellering unterdessen mit der CDU weiterregieren. Die Sozialdemokraten sprachen sich am Freitagabend für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen aus, die Christdemokraten akzeptierten am Wochenende die Offerte. Kritik kam von der Linkspartei, die sich für eine rote Landesregierung in Stellung gebracht hatte. Der Linksfraktionsgeschäftsführer im Landtag, Peter Ritter, kritisierte, »mit der Sellering-SPD ist eine andere Politik nicht möglich«. Der frühere Linksfraktionschef im Bundestag, Gregor Gysi, kommentierte die Entscheidung der SPD mit den Worten: »Herr Sellering hat sich entschieden, weiterhin gemeinsam mit der CDU an Stimmen zu verlieren. Außerdem hat er sich entschieden, die AfD zu stärken.« *af* Seiten 2 und 11

UNTEN LINKS

Die Wahl in Berlin hat den Klebestest bestanden. Als die Österreicher jüngst einen Rückschlag der Demokratie durch Verschiebung ihrer Präsidentschaftswahl erlitten, weil die Briefwahlumschläge nicht klebrig genug waren, hörten Wahlverantwortliche in Berlin die Alarmglocken läuten. Der Berliner ist sensibel, was die Verschiebung von Terminen angeht. Hektisch wurden alle politischen Klebeflächenbereiche überprüft, Hal- tungsnoten neu vertont, an Politi- kerstandflächen gerüttelt und natürlich: nahezu öf- fentlichere Umschläge mit Wahlwerbung an die Haushalte verschickt. Darin waren Botschaften mit guten Haf- tungseigenschaften rutschfest verstaubt, die auf feste Wählerbin- dung zielten. Dem Wechselwähler wurden Leimproben angeboten, auf denen er einige Schritte gehen konnte. Es ging um enges Mitei- nander und um Zusammenhalt, nur Pech und Schwefel wurden weitgehend ausgespart. Für die Zeit nach der Wahl bleibt es frei- lich dabei: Parteien übernehmen keine Haftung. *uka*

CETA-Massenprotest lässt Gabriel kalt

SPD-Vorsitzender geht von Zustimmung des Parteikonvents aus / 320 000 Menschen bei Protesten

Bei einem Konvent wird die SPD am Montag in Wolfsburg über ihre Haltung zu CETA entscheiden. In Teilen der Parteilinken gibt es weiter Widerstand gegen die Linie des Vorstands.

Von Aert van Riel

Am Samstag haben in mehreren deutschen Großstädten Zehntausende gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA, CETA und TTIP, protestiert. Insgesamt gingen nach Angaben der Organisatoren mehr als 320 000 Menschen auf die Straßen. In Berlin waren es demnach rund 70 000, in Hamburg 65 000, in Köln 55 000, in Frankfurt am Main 50 000, in Stuttgart 40 000, in München 25 000 und in Leipzig rund 15 000. Die Polizei kam zum Teil auf deutlich niedrigere Zahlen. Sie ließ verlautbaren, dass knapp 190 000 Menschen teilgenommen hätten.

Zu den Demonstrationen unter dem Motto »CETA und TTIP stoppen! Für einen gerechten Welt- handel« hatten zahlreiche Orga- nisationen aufgerufen. Darunter waren Verbraucher- und Um- weltverbände, Gewerkschaften und Kirchen, die Netzwerke Attac

und Campact, Grüne und Links- partei sowie der Deutsche Kul- turrat. »Beide Abkommen schaf- fen eine konzernfreundliche Pa- ralleljustiz, beide sind eine Ge- fahr für die Demokratie, für So- zial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsfürsorge«, erklärte das Bündnis. »Beide müs- sen gestoppt werden.«

Derzeit stocken die Verhand- lungen zu TTIP. Dagegen ist CE- TA ausverhandelt und soll bald unterzeichnet werden. Zuvor soll am Montag ein SPD-Konvent in Wolfsburg die Linie des Partei- vorstands zu dem europäisch-ka- nadischen Abkommen absegnen. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der sich als Bundeswirt- schaftsmi- nister für CETA einsetzt, warnte vor einer Ablehnung durch die Delegierten. »Würde CETA scheitern, dann wäre der Ver- such, die Globalisierung so zu ge- stalten, auf Jahrzehnte geschei- tert«, sagte er der »Bild am Sonn- tag«. Denn niemand würde die Europäer dann noch ernst neh- men. Er äußerte sich zuversicht- lich, dass der Konvent zustimmen werde. Nach Ansicht von Gabriel soll CETA erst einmal auf euro- päischer Ebene durchgewinkt werden. Der Vertrag liegt dem EU- Handelsministerrat in Bratislava

in dieser Woche zur Entschei- dung vor. Gabriel hat seiner Par- tei das windige Versprechen ge- macht, dass dann im parlamen- tarischen Verfahren noch Ände- rungen möglich seien.

Dagegen hatten die Demon- stranten eine deutliche Ableh-

Nach einer Umfrage halten es nur 16 Prozent der potenziellen SPD-Wähler »für eine gute Sache«, CETA vorläufig in Kraft zu setzen.

nung der Sozialdemokraten von CETA gefordert. Auch in der Par- tei gibt es von Teilen des linken Flügels erheblichen Widerstand. Das SPD-Bundesvorstandsmit- glied Jan Stöß kritisierte im Ge- spräch mit »nd«, dass die roten Li- nien seiner Partei zu CETA über- schritten seien. Als Beispiel nannte Stöß den geplanten CETA-Han- delsgerichtshof. »Ich teile die Kri- tik des Deutschen Richterbundes und der Gewerkschaft ver.di, dass das in der jetzigen Ausgestaltung noch keine unabhängige Ge-

richtbarkeit nach den Maßstä- ben des Grundgesetzes ist«, er- klärte der Berliner SPD-Politiker. Zudem sei eine große Berliner Be- fürchtung, »dass wir unsere Poli- tik der Rekommunalisierung im Bereich der öffentlichen Daseins- vorsorge nicht mehr fortsetzen könnten, wenn das Abkommen in Kraft tritt«. »Die logische Schluss- folgerung daraus, dass die roten Linien nicht eingehalten sind, ist eben, nicht zuzustimmen, bis un- sere Mindestanforderungen er- reicht sind«, sagte Stöß.

Nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid halten lediglich 16 Prozent der potenziellen SPD- Wähler die Absicht der Bundes- regierung, CETA vorläufig in Kraft zu setzen, »für eine gute Sache«. 69 Prozent halten dies hingegen für schlecht. Die Emnid-Analyse hatten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact sowie Green- peace durchführen lassen, um die Meinungen von SPD-Sympathi- santen zu CETA unmittelbar vor dem SPD-Konvent abzufragen. Die Zahlen legen den Verdacht nahe, dass die Parteiführung der- zeit eine Politik gegen viele mög- liche Unterstützer macht.

Seiten 3 und 4

Waffenruhe in Syrien droht zu scheitern

Bomben auf syrische Armee, noch
kein grünes Licht für UN-Hilfskonvois

Damaskus. In Syrien droht die zwischen dem Regime und Rebellen vereinbarte Waffenruhe bereits nach einer Woche zu scheitern. Einerseits sind die Kämpfe nach Angaben von Beobachtern deutlich intensiver geworden. Andererseits belastet der Tod von mindestens 90 syrischen Soldaten bei einem vermutlich versehentlichen Luftangriff der US-geführten Anti-IS-Koalition das Verhältnis zwischen den USA und Russland schwer. Das Außenministerium in Moskau erklärte am Sonntag, die Vereinbarungen zur Waffenruhe und zum gemeinsamen Kampf gegen Terrorgruppen in Syrien seien in Gefahr. Am Montag müsste eigentlich die nächste Stufe der Vereinbarung zwischen den USA und Russland umgesetzt werden. Sie sieht vor, dass beide Staaten gemeinsam und koordiniert gegen Terrorgruppen wie den Islamischen Staat (IS) vorgehen. Dabei war die ausgehandelte Waffenruhe bereits zu Beginn des Wochenendes äußerst zerbrechlich. Am Rande von Damaskus habe sich das Regime schwere Gefechte mit Aufständischen geliefert.

Die Hilfskonvois der UNO saßen unterdessen weiter an der türkischen Grenze fest. Es sei »frustrierend«, sagte der Sprecher der UN-Nothilfeorganisation Ocha, David Swanson. Die Lkw mit Lebensmitteln für die umkämpfte Stadt Aleppo warteten immer noch auf grünes Licht. *dpa/nd* Seite 4, 6

